

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden
Hauptredaktion: Postfach 10011
Korrespondenz: Postfach 10011
Vertrieb: Postfach 10011

Verlagsgesellschaft des Dresdner Nachrichten
Hauptredaktion: Postfach 10011
Korrespondenz: Postfach 10011
Vertrieb: Postfach 10011

Verlagsgesellschaft des Dresdner Nachrichten
Hauptredaktion: Postfach 10011
Korrespondenz: Postfach 10011
Vertrieb: Postfach 10011

Vapens Verhandlungen mit den Ländern

Bermutungen über Strafers Kandidatur

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Nov. Die für Freitagvormittag angekündigte Besprechung des Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten von Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden verläuft bis 11 Uhr, weil eine Vorbesprechung angelegt worden war, die am 5 Uhr nachmittags in der bairischen Gesandtschaft begann. An dieser Vorbesprechung nahmen die Länderminister, soweit sie in Berlin anwesend sind, die Gesandten der Länder und eine Anzahl anderer interessierter Persönlichkeiten teil. Nach etwa 1 1/2 Stunden war diese Vorbesprechung abgeschlossen, und man begab sich in die Reichskanzlei. Auch hier verläuft die Besprechung der offiziellen Besprechung um eine weitere halbe Stunde, da der bairische Ministerpräsident zunächst eine persönliche Unterredung mit dem Reichskanzler unter vier Augen hatte.

Die Besprechung begann dann um 6 45 Uhr und war kurz nach 9 Uhr abends beendet. Es handelte sich um eine allgemeine politische Aussprache, die auf die Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, insbesondere den Fall Preußen, abgestellt war und der Vorbereitung der morgigen Tagung des Verfassungsausschusses des Reichsrates diente.

Die Reichsratsausschüsse treten Sonnabend vormittag 10 Uhr und dann wahrscheinlich noch einmal am Nachmittag zusammen. Auch steht der Breuentwurf im Mittelpunkt. Im übrigen scheinen die Ministerpräsidenten der Länder ihren Aufenthalt noch insofern nutzbar gemacht zu haben, als heute eine Besprechung der Finanzminister der Länder im Reichsfinanzministerium stattfand.

Was die geplanten Aussprachen mit den Parteiführern angeht, so sind irgendwelche neueren Daten darüber nicht mitzuteilen. Die Mitteilung, daß Dr. Hugenberg morgen vom Reichskanzler empfangen werden würde, trifft unseren Informationen nach nicht zu. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang Mitteilungen des Organs der Christlichen Gewerkschaften, des „Deutschen“, dem gute Verbindungen zu den Nationalsozialisten nachgesagt werden. Das Blatt erklärt, die Nationalsozialisten stellen sich nach wie vor auf den Standpunkt, die Regierung Papen müsse verschwinden, um einer Regierung der nationalen Konzentration

unter nationalsozialistischer Führung Platz zu machen. Aufschneidend sei Hitler sehr bereit, seinen Anspruch auf den Kanzlerposten fallenzulassen. Ob dies zutrifft, oder ob dies nur ein frommer Zentrumswunsch ist, weiß nur auf diesem Wege sich das Zentrum wieder in das politische Geschehen als Partei einhalten könnte, bleibt dahingestellt. Von anderer Seite hören wir indessen, daß ernsthaft

an eine Kanzlerkandidatur Gregor Strafers gedacht wird. Während wohl keine Aussicht besteht, daß Reichspräsident von Hindenburg Adolf Hitler zum Kanzler ernennen könnte, liegen die Dinge bei Gregor Strafer nicht so aussichtslos, da ja Reichspräsident und Reichskanzler auf dem Standpunkt stehen, daß eine wirkliche nationale Konzentration an Personfragen nicht scheitern solle. Fraglich ist nur, ob die Nationalsozialisten wirklich auf eine Kanzlerschaft Hitlers zu verzichten bereit sind.

Inzwischen setzen Zentrum und Volksblätter ihre große Kampagne gegen den Reichskanzler v. Papen fort und auch in der rechtsbürgerlichen „D.N.Z.“ findet sich eine Darstellung, die die Schuldfrage bei einem eventuellen Scheitern der Konzentrationsverhandlungen dem Vorgehen der Regierung zuschiebt.

Die Reichsregierung will unter allen Umständen mit den Nationalsozialisten eine freimütige Aussprache herbeiführen.

Kommen die Nationalsozialisten nicht, dann würden gerade Reichskanzler und Reichspräsident dies wohl besonders bedauern. Der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten liegt nicht daran, daß die innerpolitische Entwicklung auf einen Punkt hindrängt, wo praktische verfassungsmäßige Lösung nicht mehr denkbar ist. In ruhig denkenden nationalen Kreisen wird deshalb nach wie vor der Ernst der Lage unterzählt und darauf hingewiesen,

daß man bei einem Scheitern der Verhandlungen mit den Nationalsozialisten in der nächsten Woche rechnen müßte, die eine tief einschneidende Ära für die gesamte innerpolitische Entwicklung darstellen würde.

Es ist deshalb nicht angebracht, schon vorzeitig den Bemühungen des Reichskanzlers das Grab zu graben.

Verfassungsreform durch den Nichtwähler?

Die Reichsregierung trägt sich bekanntlich mit der Absicht, ihren Entwurf zur Verfassungsreform zum Prüfstein für die Arbeitsfähigkeit des neuen Reichstags zu machen. Der Kanzler ist gegenwärtig dabei, bei den Länderregierungen bezüglich der Verfassungsreform und bei den Parteiführern im Hinblick auf die von ihm gewünschten Verfassungsänderungen zu sondieren. Diese Besprechungen mögen ihre Bedeutung haben zur Anbahnung der nationalen Konzentration in einer umgestalteten Präsidialregierung; das Werk der Verfassungsreform können sie jedoch nicht vorwärtsreiben, weil schon von vornherein feststeht, daß sich in diesem Reichstag keine Zweidrittelmehrheit findet, die der gegenwärtigen Regierung den Gefallen täte, freiwillig auch nur auf einen Teil der verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments zu verzichten. Da andererseits die ursprünglich in Aussicht genommene Methode der Reform durch einen Staatsvertrag mit den Ländern an der neuen Kraftverteilung im Reichsrat scheitert und auch ein Volksentscheid für die Regierung keinen Erfolg verspricht, ist die Frage, wie die Verfassungsreform durchgeführt werden soll, fast wichtiger geworden als die Frage nach ihrem Inhalt.

In den interessierten Kreisen sucht man nach neuen Wegen, auf denen sich das Werk vollenden ließe, ohne daß man zum Staatsstreich und zur einfachen Dekretierung Zuflucht nehmen müßte. Wie immer, sind dabei die Staatsrechtler die Vorkämpfer, die solche Wege aufspüren und auf ihre Gangbarkeit untersuchen. Man hat ihre Vorkämpferarbeit schon während des Weimarer Prozesses beobachtet können, wo besonders der Berliner Professor Schmitt Aufsehen erregte durch die weitgehenden Folgerungen, die er aus seiner Theorie des Staatsnotstandes zog. Nun meldet sich in der Zeitschrift „Reich und Länder“ der bekannte Heidelberger Staatsrechtler Prof. Jellinek zum Wort, der das Problem vom Boden der Weimarer Verfassung aus anspricht, sie also gewissermaßen von innen heraus aufbricht und dabei zu sensationellen Ergebnissen gelangt. Jellinek geht von der Notwendigkeit der Verfassungsreform und der Ausschließlichkeit ihrer parlamentarischen Erledigung aus und unterscheidet bei der Untersuchung der vorhandenen Möglichkeiten im Rahmen der geltenden Verfassung die große und die kleine Verfassungsreform. Unter der großen versteht er alle Änderungen, für die eine Durchbrechung der Verfassung unerlässlich ist, unter der kleinen die Neuerungen, die ohne eigentliche Verfassungsänderung durch Eingriffe in einfache Reichsgesetze möglich sind. Die Beweiskraft geht nun dahin, daß schon durch die sogenannte kleine Verfassungsreform, also ohne Mitwirkung des Reichstags, die schwersten Übel der Weimarer Verfassung beseitigt werden könnten. Die Entscheidung liegt nach Jellinek im Umlauf der Diktaturgewalt des Reichspräsidenten aus Artikel 48. Diese müßte er an allen Einzelheiten der reformbedürftigen Reichsgesetze und stellt fest, inwieweit sie durch Verankerung in ausdrücklichen Verfassungsbestimmungen „diktatorisch“ sind, d. h., ob sie einen Eingriff des Reichspräsidenten zulassen oder nicht, wobei vorausgesetzt wird, daß der Kreis der Möglichkeiten dank der Anerkennung eines allgemeinen Notstandes durch die Reichspräsidenten des Staatsgerichtshofes ziemlich weit gezogen werden kann.

Von dieser Theorie ausgehend, rückt Jellinek vor allem dem Wahlrecht zu Leibe. Es ist in seinen Grundzügen in der Verfassung selbst, in den Einzelheiten im Reichswahlgesetz festgelegt. Die Prüfung der Diktaturfestigkeit aller dieser Bestimmungen ergibt, daß das Verhältniswahlrecht als solches vom Reichspräsidenten nicht beseitigt werden kann. Ebenfalls ist er in der Lage, das Wahlalter heraufzusetzen, die Fristen für Neuwahlen zu verlängern oder ein Oberhaus in die Gesetzgebung einzuführen. Diese wichtigsten Punkte der Vapenschen Vorschläge gehören also ins Gebiet der „großen“ Reform. Trotzdem bleibe noch ein weites Spielraum für die „kleine“, denn der Reichspräsident kann nach Jellinek innerhalb seiner Diktaturgewalt durch einfache Verordnung das Wahlbarkeitsalter heraufsetzen und, was noch wichtiger ist, an Stelle des automatischen Listenwahlverfahrens die proportionale Einheitswahl einführen. Bei der in den verkleinerten Wahlkreisen ein einziger Abgeordneter mit relativer Mehrheit, eventuell mit Stichwähler, gewählt würde. Auf diese Weise käme eine Verkopplung des englischen Wahlrechts mit dem des alten Deutschen Reiches zustande.

Wäre eine solche Reform schon eine Umwälzung des ganzen Wahlsystems, so müßen die Vorschläge noch viel revolutionärer an, die Jellinek weitergehend, aber nach seiner Behauptung im Rahmen der Verfassung liegend, für die Erlassung der Nichtwähler macht. Es ist schon allgemein aufgefassen, daß gleich nach der Reichstagswahl ein offizieller Regierungskommentar den Versuch gemacht hat, die 21 Prozent Nichtwähler für die Regierung in Anspruch zu nehmen mit der Behauptung, sie hätten sich ihrem Nichterscheinen an der Wahlurne ihre Mitschuld an der Regierung zum Regierungsturz zum Aus-

Deutsch-französische Zusammenarbeit

Die Wirtschaftskommission beim Kanzler

Berlin, 11. Nov. Amlich wird mitgeteilt: Die deutsch-französische Wirtschaftskommission ist heute (Freitag), nachmittags, vor der Fortsetzung ihrer Arbeiten von dem Herrn Reichskanzler empfangen und in sehr herzlichen Worten begrüßt worden. Der Herr Reichskanzler hat daran erinnert, daß es eine Tradition geworden sei, daß die Chefs der deutschen und der französischen Regierung den Vorsitz in der deutsch-französischen Wirtschaftskommission führen. So hätten Reichskanzler Brüning und Ministerpräsident Cavalet den Vorsitz geführt. So hätten jetzt auch Herr Herrriot und er den Vorsitz übernommen. Der Herr Reichskanzler wies dann darauf hin, daß zwischen Deutschland und Frankreich

lebenden Weiser es wünschen. Aber die deutsch-französische Wirtschaftskommission habe schon eine wichtige Arbeit geleistet. Sie habe zahlreiche Vereinbarungen zwischen deutschen und französischen Industrien, Schiffahrtsgesellschaften usw. herbeigeführt.

Die jetzige Tagung werde eine Organisation ins Leben rufen, die die gemeinsame Ausführung großer öffentlicher Arbeiten ermögliche.

Es wäre paradox, wenn man in Krisenzeiten aus übergroßer Vorsicht Lösungsmöglichkeiten nicht ausnützen wollte, die eine Verminderung der Krise ermöglichen können.

Herr Patenoire hat mit der Versicherung geschlossen, daß die französische Regierung — entsprechend der aufrichtigen Gesinnung des französischen Volkes — bereit sei, hier wie in Lausanne und in Genf aktiv an der Festigung des europäischen Friedens mitzuarbeiten.

Die Stillhalteverhandlungen in London

London, 11. Nov. Die deutschen Bankiers Dr. Felsch und Gust. Schlieper, die in dieser Woche Verhandlungen über das Stillhalteabkommen geführt hatten, sind am Freitag wieder nach Deutschland abgereist. Es fanden vorbereitende Besprechungen im Hinblick darauf statt, daß das Stillhalteabkommen zum 28. Februar erneuert werden muß. Die Erörterungen dienten zur Klärung der gegenwärtigen Standpunkte, ohne daß eine Verständigung irgendwelche Beschlüsse gefaßt wurden. Grundsätzlich wurde gewünscht, daß gleichseitig mit der Verlängerung des Abkommens eine „angenehme“ deutsche Abschließung erfolgen sollte, worauf man jedoch von deutscher Seite darauf aufmerksam machte, daß diese Forderung in Anbetracht der deutschen Finanzlage für die deutschen Schuldner noch nicht tragbar sei. Die Besprechungen bezogen sich auch auf die Möglichkeit einer Konsolidierung der kurzfristigen Schulden, wofür wohl mehrere Anregungen, aber noch kein fester Plan vorliegt. Wenngleich man sich wohl darüber einig war, daß ein solcher Zustandkommen müßte, so scheint doch noch keine Grundlage gefunden zu sein, die beide Teile befriedigen könnte.

Gombos besucht auch Wien und Berlin

Berlin, 11. Nov. (Eig. Drahtmeld.) Nach Meldungen aus Wien teilt der österreichische Unterrichtsminister in einer Rede mit, daß der ungarische Ministerpräsident Gombos nach seiner Rückkehr aus Rom auch in Wien und Berlin Besuche abhalten werde, um dort mit den maßgebenden Stellen wegen des Abschlusses von neuen Danubiusverträgen in Fühlung zu treten.

die privatwirtschaftliche Verbindung und Zusammenarbeit in vielen Industrien schon mehr Fortschritte gemacht

und praktische Erfolge erzielt habe als zwischen anderen Ländern; eine Tatsache, die in der Öffentlichkeit im allgemeinen nicht genügend bekannt sei und gewürdigt werde. Dies beweise schon, daß die französische und deutsche Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit und Verhandlung besonders geeignet seien. Er begräße es besonders, daß diese Zusammenarbeit sich dank der Initiative und Mitwirkung des viersten Unterausschusses jetzt auch auf dritte Länder ausdehnen im Begriffe sei. Er hoffe, daß die jetzige Tagung zu praktischen und schnellen Ergebnissen führe, denn die Krise und Arbeitslosigkeit verlangen schnelle Arbeit.

Der Herr Reichskanzler schloß daran den Wunsch und die Hoffnung, daß die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete günstige Auswirkungen auch auf andere Gebiete haben wird.

insbesondere auf die Lösung der schwebenden politischen Probleme.

Der Herr Reichskanzler hat dabei wiederholt seinem aufrichtigen Willen Ausdruck gegeben, an einer Entspannung in diesen Fragen mitzuarbeiten.

Herr Unterstaatssekretär Patenoire dankte dem Herrn Reichskanzler für den freundlichen Empfang und hob seine besonderen Bemerkungen darüber hervor, daß er von dem französischen Ministerpräsidenten, Herrn Herrriot, persönlich mit dessen Vertretung beauftragt worden sei. Herr Herrriot lebe in der deutsch-französischen Zusammenarbeit den Augenblick für den europäischen Frieden. Die Annäherung zwischen den beiden Ländern mache zwar nicht so schnelle Fortschritte, wie die Har-